

JAHRESBERICHT

Institut für Föderalismus

RAPPORT ANNUEL

Institut du Fédéralisme

2009



d

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	3
1.1	Die Umsetzung der Strategie	3
1.2	Die finanzielle Sanierung des Instituts	4
1.3	Ausblick und Dank	4
2	Organisation und Mitarbeitende	5
2.1	Organigramm	5
2.2	Mitarbeitende	6
2.3	Institutsrat	8
2.4	Lehrstühle	8
3	NATIONALES ZENTRUM	9
3.1	Allgemeines	9
3.2	LexFind	9
3.3	Rechtsgutachten und Abklärungen	9
3.4	Murtener Gesetzgebungsseminare	10
3.5	Forschung und Publikationen	10
4	IRCC	11
4.1	Menschenrechtsdialog mit China	11
4.2	Sudanzusammenarbeit und Referendumsprozess	12
4.3	Palästina und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit	12
4.4	Sommeruniversität	13
4.5	Weitere Aktivitäten	13
5	BIBLIOTHEK	15
5.1	Publikationen des Instituts für Föderalismus – PIFF	15
6	ZENTRALE DIENSTE	15
6.1	Informatik	15
6.2	Personal	15
6.3	Kommunikation	16
6.4	Infrastruktur	16
6.5	Finanzen	16

f

Table des matières

1	Avant-propos	18
1.1	La transposition de la stratégie	18
1.2	L'assainissement des finances de l'Institut	18
1.3	Remerciements et perspectives	19
2	Organisation et personnel	20
2.1	Organigramme	20
2.2	Personnel	21
2.3	Conseil de l'Institut	23
2.4	Chaires	23
3	CENTRE NATIONAL	24
3.1	En général	24
3.2	LexFind	24
3.3	Avis de droit et expertises	24
3.4	Séminaires de législation de Morat	25
3.5	Recherche et publications	25
4	IRCC	26
4.1	Dialogue avec la Chine sur les droits de l'homme	26
4.2	Collaboration avec le Soudan et processus référendaire	27
4.3	La Palestine et le renforcement de l'Etat de droit	27
4.4	Université d'été	28
4.5	Autres activités	28
5	BIBLIOTHÈQUE	30
5.1	Publications de l'Institut du Fédéralisme – PIFF	30
6	SERVICES CENTRAUX	30
6.1	Informatique	30
6.2	Personnel	30
6.3	Communication	30
6.4	Infrastructures	31
6.5	Finances	31

1 Vorwort

Jahresberichte bilden eine willkommene Gelegenheit, Rückschau zu halten und sich Rechenschaft über das Erreichte zu geben, offene Fragen anzusprechen und zukünftige Entwicklungen ins Blickfeld zu rücken. Als die neue Direktion im August 2008 die Leitung des Instituts für Föderalismus übernahm, standen zwei Aspekte im Mittelpunkt: Einerseits ging es darum, die von ihr im Vorfeld des Amtsantritts erarbeitete Strategie umzusetzen und auf ihre Praxistauglichkeit hin zu überprüfen und andererseits umgehend Massnahmen zur Behebung des strukturellen Defizits zu treffen. Der Institutsrat äusserte verständlicherweise die Erwartung, dass das Institut so rasch als möglich wieder schwarze Zahlen schreibt. Umsetzung der Strategie und die finanzielle Sanierung des Instituts bilden im diesem Sinne ein unzertrennliches Ganzes.

1.1 Die Umsetzung der Strategie

Die Direktion hat sich im vergangenen Jahr schwergewichtig mit der Umsetzung ihrer Strategie befasst. Dabei hat sie sich im Nationalen Zentrum darum bemüht, zunächst mit ihren PartnerInnen im Inland, namentlich den Kantonen, eine Vertrauensgrundlage zu erarbeiten, die eine nachhaltige Kooperation ermöglicht. Dabei bildet die Qualität der Dienstleistungen das Hauptargument. Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, dass dieses Ziel weitgehend erreicht worden ist, hat doch das Auftragsvolumen am Nationalen Zentrum sprunghaft zugenommen (für Details vgl. Bericht zum Nationalen Zentrum). Sodann wurde die Auslagerung des Bereichs LexFind unter gleichzeitiger Überführung in eine selbständige AG tatkräftig vorangetrieben. Der Entscheid für diese Auslagerung beruht auf der Einsicht, dass die informatikmässige Bearbeitung von Rechtsdaten nicht zum Kerngeschäft des Instituts gehört. Beibehalten werden sollen nach den bisherigen Vorstellungen die Qualitätskontrolle sowie eine allgemeine rechtswissenschaftliche Begleitung des Projekts. Dies impliziert eine Vertiefung und einen Ausbau der vorhandenen Kompetenzen im Bereich des Publikationsrechts und der Legistik.

Mit Blick auf das Internationale Zentrum darf ebenfalls festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern Schritt für Schritt nach den in der Strategie formulierten Vorstellungen vertieft und ausgebaut werden konnte. Im Vordergrund stehen dabei die Konkretisierung des Prinzips der Nachhaltigkeit sowie die Verstärkung der Forschungstätigkeit. Dabei erwies sich eine Restrukturierung des Zentrums als unumgänglich, um das schon früher festgestellte Ungleichgewicht zwischen administrativer und operativer Tätigkeit zu beheben. Leider liessen sich vor diesem Hintergrund Stellenaufhebungen bzw.

Nichtneubesetzungen nicht vermeiden. Andererseits gilt es die Tatsache hervorzuheben, dass es der Direktion gelungen ist, den allgemeinen Zusammenarbeitsvertrag mit der DEZA um weitere drei Jahre zu erneuern. Die Erneuerung des sog. China-Mandates um weitere drei Jahre ist grundsätzlich ebenfalls beschlossene Sache; bis Mitte des Jahres 2010 darf mit einer formellen Unterzeichnung des Vertrages gerechnet werden (vgl. dazu im Einzelnen den Bericht des Internationalen Zentrums).

Was schliesslich die zentralen Dienste betrifft, führte die Umsetzung der Strategie dazu, dass die Informatikdienstleistungen nunmehr neu vom Leiter dieses Dienstes sichergestellt werden. Hervorzuheben gilt es, dass dieser Übergang problemlos bewältigt werden konnte. Ausserdem wurde das Projekt der Integration der Bibliothek in die Kantonale Universitätsbibliothek (KUB) weiter konkretisiert. Im Verlaufe des Jahres 2010 sollte das Vorhaben abgeschlossen werden können.

1.2 Die finanzielle Sanierung des Instituts

Wie schon mehrfach erwähnt, erfolgte der Amtsantritt der neuen Direktion mit der ausdrücklichen Erwartung des Institutsrates, dass die finanzielle Sanierung bzw. die Behebung des strukturellen Defizits der Betriebsjahre 2007 und 2008 so rasch als möglich an die Hand genommen wird. Dabei konzentrierten sich die Bemühungen der Direktion auf die Erhöhung der Einnahmen unter gleichzeitiger Verringerung der Ausgaben. Mit grosser Genugtuung lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass das Vorhaben erfolgreich umgesetzt werden konnte: Für das Jahr 2009 weist die Rechnung des Instituts einen ansehnlichen Ertragsüberschuss aus. Dieses erfreuliche Resultat wurde nicht zuletzt auch durch die Mobilisierung von Lehrstuhlressourcen möglich. Daneben gelang es aber auch, durch konsequentes Kostenmanagement die (Personal)Ausgaben in erheblichem Umfang zu reduzieren. Die Annahme, dass namentlich im Bereich der Administration ein bedeutendes Sparpotential brachliegt, hat sich in vollem Umfange bestätigt. So konnten (ohne Leistungseinbussen) mehrere Stellen aufgehoben werden. Wenn immer möglich erfolgten die Stellenaufhebungen im Rahmen von natürlichen Abgängen und konnten damit sozialverträglich gestaltet werden. Ausserdem konnten erhebliche Einsparungen durch eine vereinfachte und damit transparentere Buchführung erzielt werden. Die vollzogene Entkoppelung von Lehrstuhl- und Institutstätigkeit und die damit verbundene Trennung der Rechnungslegung für die beiden Einheiten haben die diesbezüglichen Erwartungen in vollem Umfang erfüllt und sich bewährt. Die Direktion wird in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, so dass auch im Jahre 2010 mit einem positiven Betriebsergebnis gerechnet werden darf; dementsprechend konnte dem Institutsrat ein ausgeglichenes Budget zur Genehmigung unterbreitet werden.

1.3 Ausblick und Dank

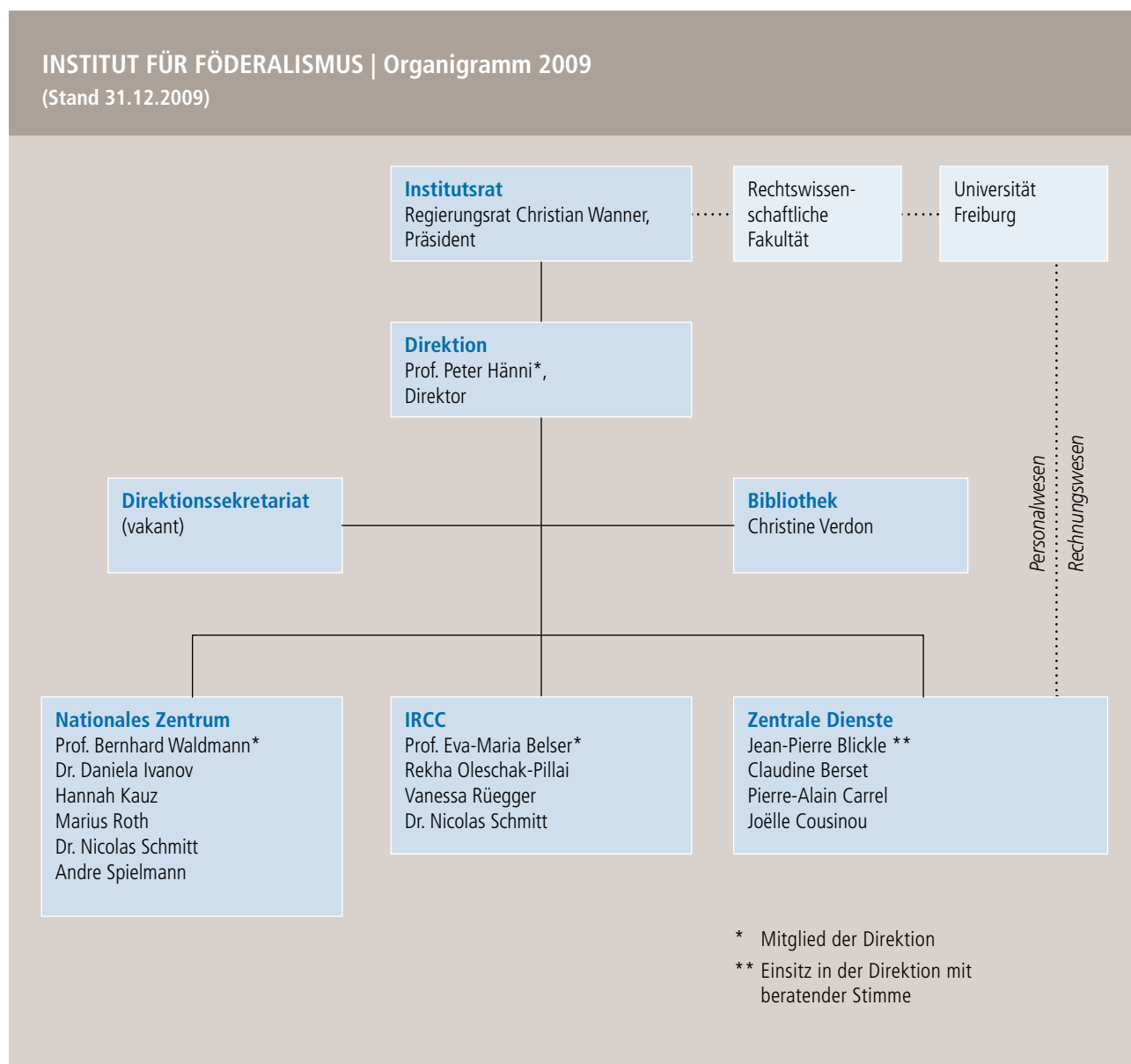
Die Direktion ist entschlossen, den eingeschlagenen Kurs konsequent weiterzuführen und die erreichte Konsolidierung auf eine nachhaltige Grundlage zu stellen. Besondere Herausforderungen sieht die Direktion für das laufende Jahr in der Integration der Bibliothek in die KUB sowie in der Auslagerung von LexFind. Dabei kommt ihr das innerhalb der Direktion herrschende hervorragende Arbeitsklima ebenso zugute wie die wertvolle und vorbehaltlose Unterstützung durch den Institutsrat. An dieser Stelle ist es deshalb angebracht, dem Institutsrat unseren herzlichen Dank für das uns entgegengebrachte Vertrauen auszusprechen. In diesen Dank schliessen wir gerne auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, deren Motivation und Leistungsbereitschaft für den Erfolg unseres Instituts nicht wegzudenken sind.

Peter Hänni



2 ORGANISATION UND MITARBEITENDE

2.1 Organigramm



2.2 Mitarbeitende

Direktion



Peter Hänni, Prof. Dr. iur.
Direktor des Instituts für Föderalismus
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
peter.haenni@unifr.ch



Eva Maria Belser Wyss, Prof. Dr. iur.
Direktorin Internationales Zentrum
Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Direktor Nationales Zentrum
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
bernhard.waldmann@unifr.ch

Olivia Bauer

Direktionssekretärin (50%) (bis 30.11.)

Nationales Zentrum

Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.



Daniela Ivanov, Dr. iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (30%)
daniela.ivanov@unifr.ch



Hannah Kauz, MLaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (ab 1.7.)
hannah.kauz@unifr.ch



Marius Roth, lic. iur.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (80%)
marius.roth@unifr.ch



Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
nicolas.schmitt@unifr.ch



Andre Spielmann, MLaw
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 1.11.)
andre.spielmann@unifr.ch

Philippe Allemann, MLaw

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis 14.9.)

Vedran Vasic, MLaw

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (bis 30.9.)

Internationales Zentrum (IRCC)

Eva Maria Belser Wyss, Prof. Dr. iur.



Rekha Oleschak-Pillai, Dr. iur.
Research Fellow (80%) (ab 1.10.)
rekha.oleschak-pillai@unifr.ch



Vanessa Rüeegg, MLaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
vanessa.rueegger@unifr.ch



Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
nicolas.schmitt@unifr.ch

Joëlle Cousinou

Administrative Mitarbeiterin (80%) (bis 31.10)
Administrative Koordination Sommer Universität
joelle.cousinou@unifr.ch

Bibliothek

Christine Verdon, lic.iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (50%)
christine.verdon@unifr.ch

Zentrale Dienste

Jean-Pierre Blicke
Geschäftsführer (80%)
jean-pierre.blicke@unifr.ch



Claudine Berset
Sekretärin (50%)
claudine.berset@unifr.ch



Pierre-Alain Carrel
Sekretär (50%)
pierre-alain.carrel@unifr.ch

Joëlle Cousinou

Administrative Mitarbeiterin (80%) (ab 1.11.)
joelle.cousinou@unifr.ch

Mit den drei Professoren beschäftigt das Institut
16 MitarbeiterInnen, was 11 Personaleinheiten
entspricht (Professoren je zu 50%).

2.3 Institutsrat

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus besteht per Ende 2009 aus folgenden 11 Mitgliedern:

Präsident, Vertreter der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit (ch Stiftung)

Christian WANNER, Regierungsrat des Kantons Solothurn, Vorsteher des Finanzdepartements, Präsident der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz SDK (Mitglied seit 2000)

Vizepräsidentin

Isabelle CHASSOT, Staatsrätin des Kantons Freiburg, Vorsteherin der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (Mitglied seit 2005)

Vertreter der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz

Roger SCHNEEBERGER, Generalsekretär der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz (Mitglied seit 2005)

Vertreterin der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit (ch Stiftung)

Sandra MAISSEN, Geschäftsführerin, ch Stiftung, Solothurn (Mitglied seit 2009)

Vertreter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Ü.

Marco BORGHI, Professor für öffentliches Recht, Universität Freiburg (Mitglied seit 1998)

José HURTADO POZO, Professor für Strafrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 1998)

Paul-Henri STEINAUER, Professor für Privatrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2002)

Tali PASCHOUD, Studentenvertreterin, Universität Freiburg (Mitglied seit 2009)

Vertreter des Fürstentums Liechtenstein

Norbert HEMMERLE, Regierungssekretär der Fürstlichen Regierung (Mitglied seit 2002)

Vom Institutsrat kooptiert

Urs Paul HOLENSTEIN, Geschäftsführer des Schweizerischen Vereins für Rechtsinformatik, Bern (Mitglied seit 2003)

Werner THUT, Vize-Präsident, Forum of Federations, Ottawa, Ontario, Canada (Mitglied seit 2009)

Im Laufe des Jahres 2009 haben folgende Mitglieder den Institutsrat verlassen:

Vertreter der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit (ch Stiftung)

Canisius BRAUN, Geschäftsführer der Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit

Vertreter der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Ü.

Dimitrios KARATHANASSIS, Studentenvertreter

Kooptierte Mitglieder

Maryse AEBISCHER, Amtsvorsteherin des Sozialvorsorgeamtes des Kantons Freiburg

Raoul J. BLINDENBACHER, Advisor Independent Evaluation Group, the World Bank

2.4 Lehrstühle

Mit der Einbindung von drei Lehrstuhlinhabern des Staats- und Verwaltungsrechts in die Direktion konnten zwischen dem Institut und den Lehr- und Forschungseinheiten der Rechtsfakultät weiterhin wertvolle Synergien geschaffen werden.

3 NATIONALES ZENTRUM

3.1 Allgemeines

Das Nationale Zentrum kann auf ein sehr arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr zurückblicken. Unter der Leitung von Prof. Bernhard Waldmann und Prof. Peter Hänni wurden zahlreiche Rechtsgutachten und Abklärungen zu den verschiedensten Bereichen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht verfasst (s. Ziff. 3.3 hiernach). Die Nachfrage war derart gross, dass wir teilweise auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Lehrstühlen zurückgreifen mussten. Besonders hervorzuheben ist ferner auch die Weiterentwicklung des Rechtsportals LexFind, das sich inzwischen für die Suche des kantonalen, interkantonalen und des Bundesrechts als beliebtes Arbeitsinstrument etabliert hat (s. Ziff. 3.2 hiernach). Vorab zu erwähnen sind schliesslich auch die Murtener Gesetzgebungsseminare, die wegen entsprechender Nachfrage teilweise doppelt geführt werden mussten (s. Ziff. 3.4 hiernach).

3.2 LexFind

Das Portal LexFind, welches sämtliche Erlasse von Bund und Kantonen enthält, wurde auch im Jahr 2009 weiter ausgebaut:

- Im Zentrum der Weiterentwicklungsarbeiten stand die Integration der für die Parlamente relevanten Dokumente (Botschaften der Regierungen, parlamentarische Vorstösse, Rats-Protokolle usw.). Leider erwies sich dieser Entwicklungsschritt als weitaus aufwendiger als zunächst geplant. Dank einer grosszügigen Investition unseres technischen Partners gelang es jedoch, den automatisierten Datenbezug zu den Datenbanken aller kantonalen Parlamente und des Bundes fertig zu stellen. Die Visualisierung der Daten sollte im Laufe des Jahres 2010 fertig gestellt werden können.
- Bei den Erlassen wurde neu eine Vergleichsmöglichkeit für die Erlassversionen eingeführt. Damit ist es auf eine einfache Weise möglich, verschiedene Fassungen von Erlassen miteinander zu vergleichen. Das Ergebnis wird in einer zweiseitigen Ansicht dargestellt; die Ergänzungen und Aufhebungen werden farblich gekennzeichnet.
- Unter access.lexfind.ch wurde neu eine speziell barrierefreie Version des Portals LexFind aufgeschaltet. Diese Version des Portals wurde hinsichtlich der Barrierefreiheit optimiert, so dass sie von Menschen mit Behinderung optimal bedient werden kann. Dieser Zugang wurde von der Stiftung «Zugang für alle» mit der höchsten Stufe zertifiziert. LexFind leistet mit diesem zusätzlichen Portal einen Beitrag zur barrierefreien Erschliessung des Rechts.

Die Projekte ausserhalb des eigentlichen LexFind-Auftrages wurden ebenfalls weiterbetrieben:

- Für ch.ch wird die Suchmaschine für die Erlassertexte über eine XML-Schnittstelle umgesetzt.
- Das Portal Kantonsparlamente.ch profitiert ebenfalls von einer XML-Schnittstelle, indem in diesem Portal speziell die Neuigkeiten im Bereich des interkantonalen Rechts abgefragt werden können.

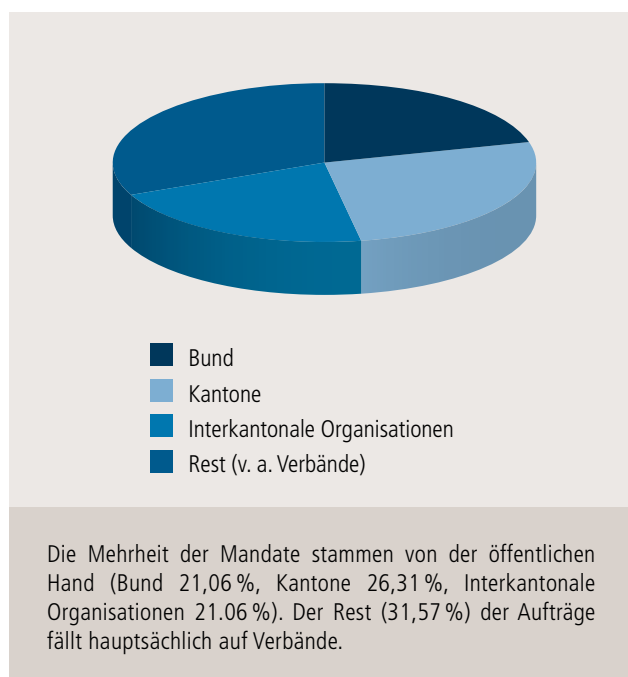
3.3 Rechtsgutachten und Abklärungen

Mit Bezug auf Expertisen und Abklärungen sind für 2009 folgende Projekte hervorzuheben:

- Gutachten Anpassung interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Straf- und Zivilrechtspflege infolge der Einführung eidgenössischer Vorschriften/Le besoin d'adaptation des conventions inter-cantonaux dans le domaine de la procédure pénale et de la procédure civile à la suite de l'entrée en vigueur de dispositions fédérales (2008/2009)
- Die reglementierten Berufe in Bund und Kantonen (2008/2009)
- «Palliative Care» in der kantonalen Gesetzgebung (April 2009)
- Rémunération des membres des commissions extra-parlementaires dans les cantons romands, le Tessin et quelques cantons alémaniques (BE, SO, BS, SG) (Juni 2009)
- Global Dialogue Roundtable Schweiz vom 26.3.2009 im Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Teilnahme als Experte zum Thema «Intergovernmental Relations»
- Die Unvereinbarkeit der Anstellung im öffentlichen Dienst mit dem Grossratsmandat im Kanton Graubünden (Juli 2009)
- Mitwirkung der Kantonsparlamente beim Abschluss von rechtsetzenden Verträgen (Juli 2009)

- Eine Würdigung der Vereinbarung der Schweiz und Libyen vom 20. August 2009 aus bundesstaatlicher und föderalistischer Sicht (September 2009)
- Aufsichtspflicht und Handlungsmöglichkeiten des ETH-Rats im Zusammenhang mit Stiftungen, die im ETH-Bereich tätig sind (Oktober 2009)
- Die Ausscheidung gentechnikfreier Gebiete in der Schweiz de lege lata und de lege ferenda (in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europarecht, Dezember 2009)
- Anzahl Richter an den kantonalen Gerichten zweiter Instanz (Tabelle; Dezember 2009)
- Teilnahme einer schweizerischen Arbeitsgruppe des Forum of Federations zum Thema «Guidelines for good federal practices» (zusammen mit Prof. Dr. Arnold Koller, Prof. Dr. Daniel Thüerer, Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller; Prof. Dr. Thomas Pfisterer, Prof. Dr. Bernard Dafflon, Dr. Malcolm MacLaren)

Dazu kommen weitere kleinere Abklärungen und Übersetzungsarbeiten.



3.4 Murtener Gesetzgebungsseminare

Im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG) führten das Institut und das Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich vom 2. – 4. April 2009 bereits zum zweiten Mal ein Grundlagenseminar zur Rechtsetzungsmethodik durch. Dieses Seminar war mit 43 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erneut ausgebucht.

Ebenfalls im Auftrag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesetzgebung (SGG) führte das Institut im November 2009 in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz ein Grundlagenseminar zur Gesetzesredaktion durch. Aufgrund der grossen Nachfrage wurde das Redaktionsseminar doppelt geführt (4. – 6. und 11. – 13. November). Beide Seminare waren mit 42 bzw. 41 Teilnehmenden voll belegt.

3.5 Forschung und Publikationen

Bereits zum fünften Mal hat das Institut zuhanden der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit eine kommentierte Bibliografie für das «Föderalismus-Monitoring» erstellt. Der Bericht beinhaltet einen Überblick der zum Schweizerischen Föderalismus im Jahr 2009 publizierten wissenschaftlichen Arbeiten sowie eine Synthese der Forschungsschwerpunkte.

Gemäss der Strategie der Institutsleitung vom 8. September 2008 sollen die unter dem Dach des Instituts für Föderalismus versammelten Lehrstühle ihre Forschungsschwerpunkte auf Themengebiete konzentrieren, die einen Konnex mit den vom Nationalen Zentrum abgedeckten Kompetenzbereichen aufweisen. In diesem Zusammenhang ist auf die unter der Leitung von Prof. Waldmann im Dezember von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät angenommene Dissertation von Mathias Boschung («Der bodengebundene Rettungsdienst im Spannungsfeld zwischen Staatsaufgabe und regulierter privatwirtschaftlicher Tätigkeit») hinzuweisen.

Schliesslich gab das Nationale Zentrum im Jahr 2009 vier elektronische Newsletters heraus, in welchen auf bevorstehende kantonale Abstimmungsvorlagen hingewiesen wurde.

4 IRCC

Das International Research and Consulting Centre (IRCC) kann auf ein interessantes und ereignisreiches Jahr zurückblicken. Es ist dem IRCC im Jahre 2009 gelungen, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen und internationalen Partnern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft weiterzuführen und zu vertiefen sowie neue Projekte an die Hand zu nehmen. Auch dieses Jahr war das Zentrum im Bereich der Beratung, der Schulung und Weiterbildung und dem wissenschaftlichen Austausch tätig und hat Delegationen und Gäste betreut. Der geografische Schwerpunkt der Tätigkeiten lag in China, Sudan, Palästina und Malawi.

Da auf Ende 2009 die dreijährigen Verträge, welche die enge Zusammenarbeit des Instituts mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und der Politischen Abteilung IV (PA IV) regeln, zu Ende gingen, kam der internen Evaluation und der Neuverhandlung der Partnerschaft zwischen DEZA und IRCC in diesem Jahr ein besonderes Gewicht zu. Dank dem Abschluss neuer Verträge wird das IRCC interessierten Forscherinnen und Forschern, Universitäten, Regierungen und Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen aus Afrika, Asien, Südamerika und Osteuropa weiterhin als kompetenter und erfahrener Partner zur Verfügung stehen, wenn es um Fragen von Föderalismus, Dezentralisierung bzw. Staatsorganisation oder um die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechten geht.

4.1 Menschenrechtsdialog mit China

Das IRCC hat im Jahre 2009 die langjährige und intensive Zusammenarbeit zum Thema Menschen- und Minderheitenrechte mit renommierten Universitäten in Beijing und mit dem Forschungsdienst des National People's Congress fortsetzen und deren Weiterführung sichern können. Von besonderer Bedeutung waren die Durchführung zweier Konferenzen in Peking und der Austausch mit Gästen am IFF.

In Partnerschaft mit der Beijing University (Beida) organisierte das Institut im Oktober eine zweitägige Veranstaltung zum Thema Vertikale Gewaltenteilung und lokale Regierungsführung, an welcher Prof. Peter Hänni, Prof. Eva Maria Belser und Vanessa Rügger das föderalistische System der Schweiz und die Funktionsweisen der Gemeinden vor- und zur Diskussion stellten. Chinesische Referenten informierten über formelle und informelle Mechanismen der Dezentralisierung und nahmen die Gelegenheit der Konferenz wahr, um mit ausländischen und chinesischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Stärken und

Schwächen der chinesischen Staatsorganisation zu diskutieren und Fragen der Demokratisierung, der guten Regierungsführung und des Minderheitenschutzes offen anzusprechen. Neben Angehörigen verschiedener Universitäten nahmen auch zahlreiche Vertreter von Presse und Fernsehen an der Konferenz teil.

Im Anschluss an die Veranstaltung mit Beida führte das Institut in Partnerschaft mit der China University of Political Science and Law (CUPL) eine Konferenz zum Thema Sozialschutz und soziale Rechte durch. Die Veranstaltung diente dazu, den Umbau des chinesischen Sozialschutzsystems kritisch zu beleuchten, mit dem Aufbau und den Grundpfeilern des schweizerischen Sozialstaats zu vergleichen und Schwierigkeiten und Mängel beider Systeme (etwa im Zusammenhang mit Minderheiten sowie Migrantinnen und Migranten) zur Diskussion zu stellen. Auf Schweizer Seite referierten Prof. Peter Hänni, Prof. Eva Maria Belser, Isabelle Käppeli und Hans-Ulrich Scheidegger, auf chinesischer Seite stellten verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Verantwortungsträger aus Gesetzgebung und Verwaltung das chinesische System des Sozialschutzes und dessen rasante Transformation vor. Als Vertreter der DEZA nahm Alexander Widmer an beiden Veranstaltungen teil und stellte damit das Interesse der DEZA an den akademischen Partnerschaften mit China unter Beweis.

Der Aufenthalt in China konnte nicht zuletzt dazu genutzt werden, die Fortsetzung der Zusammenarbeit zu planen und Vertreter der Minzu Universität zu treffen, um die Organisation eines für Oktober 2010 geplanten Workshops zum Thema Natürliche Ressourcen und Minderheitenschutz in die Wege zu leiten. Dass unsere Partner ein grosses Interesse an der Weiterführung der Partnerschaft haben, zeigte sich nicht zuletzt an ihrer Bereitschaft, sich massgeblich an den Kosten aktueller und zukünftiger Projekte zu beteiligen.

Im Rahmen des China-Mandats verbrachten einige chinesische Gastforscherinnen und Gastforscher mehrere Monate am Institut, forschten zu unterschiedlichen Themen im Bereich von Staatsorganisation, Minderheitenschutz und religiöser Vielfalt und stellten die Ergebnisse ihrer Forschung im Rahmen von Inhouse-Seminaren zur Diskussion.

4.2 Sudanzusammenarbeit und Referendumsprozess

Auf Veranlassung der DEZA und des Schweizer Botschafters im Sudan, Andrey Motyl, pflegt das IRCC seit längerem eine Zusammenarbeit mit dem Federalism Research and Consulting Centre (FRCC) in Khartoum (gegründet durch einen ehemaligen Doktoranden am IFF) und begleitet Projekte im Bereich von Dezentralisierung, Demokratie und lokaler Regierungsführung im Sudan. Im Januar 2009 fand ein zweiter Workshop in Khartoum statt, an dem Prof. Hänni, Prof. Belser und Vanessa Rüegger teilnahmen. Die Veranstaltung knüpfte an die Erkenntnisse eines ersten Workshops an und diente dazu, die Mechanismen vertikaler Gewaltenteilung besser zu erfassen und die Umsetzung verschiedener Empfehlungen zu diskutieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Gouverneure aus fast allen Provinzen des Nordsudans, Vertreter der Zentralregierung, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft sowie viele Medienschaffende) diskutierten die Schwächen der gegenwärtigen Staatsorganisation, die Verteilung der Ressourcen, die ethnischen Konflikte und die Gefahr, dass das Land in mehr als nur zwei Teile zerfallen könnte. Es wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen dem IFF und dem FRCC im Bereich der Dezentralisierung und der Stärkung der lokalen Regierungsführung weiterzuführen und, wenn möglich, die Umsetzung einiger Empfehlungen in einer Provinz (Pilotprojekt) ins Auge zu fassen.

Während des Workshops wurde deutlich, dass Fragen der Staatsorganisation und der Dezentralisierung zwar dringend, im Moment aber von der Durchführung des für das Jahr 2011 geplanten Referendums im Südsudan überschattet sind. Aufgrund einer Vermittlung durch Botschafter Andrey Motyl wurde das IRCC im Februar 2009 von der National Constitutional Review Commission (NCRC) der sudanesischen Regierung angefragt, die Vorbereitungen für die Durchführung des Referendums über die Unabhängigkeit Südsudans wissenschaftlich zu begleiten. Im März besuchten drei Mitglieder der Kommission das IFF, um sich über Referendumsprozesse in anderen Ländern zu informieren und den Bedarf und Möglichkeiten einer Unterstützung durch die Schweiz zu klären. Das Institut organisierte für die Delegation, die auf eigene Kosten angereist war, verschiedene Vorträge und Diskussionsrunden sowie Treffen mit Vertretern des Kantons Bern, die dazu dienten, die sudanesischen Gäste mit dem Prozess vertraut zu machen, der zur Gründung des Kantons Jura geführt hat, und praktische Fragen der Durchführung eines Referendums zu klären. Nach längeren Abklärungen und verschiedenen Treffen (auch mit Vertretern des Südsudans) und in enger Absprache mit der PA IV und dessen Sonderbeauftragten für den Sudan und das Horn von Afrika, Botschafter Andrea Semadeni, entschied das IRCC, den sudanesischen

Referendumsprozess bei Bedarf durch rechtsvergleichende Abklärungen zu Einzelfragen (z.B. Stimmberechtigung, Quoren, gesetzliche Grundlagen) zu unterstützen.

Das IRCC hat ausserdem eine Partnerschaft mit Caritas Schweiz aufgenommen, die das Ziel verfolgt, die Chancen für einen fairen und freien Abstimmungsprozess zu verbessern und durch das Bereitstellen neutraler Informationen und die Durchführung von Schulungsveranstaltungen dafür zu sorgen, dass die Stimmberechtigten den Referendumsprozess besser verstehen und wissen, welche Tragweite ihr Entscheid (in rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht) hat.

4.3 Palästina und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit

Auf Anfrage der von der EU unterstützten palästinensischen Nichtregierungsorganisation Musawa haben Prof. Eva Maria Belser und Prof. Peter Hänni an verschiedenen Projekten und Konferenzen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Palästina mitgewirkt. Eine erste Konferenz, die im Januar in Limassol (Zypern) stattfand, war der Frage gewidmet, wann die Amtsdauer von Präsident Mahmut Abbas zu Ende geht. Verschiedene Verfassungsexperten aus arabischen und europäischen Ländern sowie Vertreter aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen setzten sich mit der Verfassung und dem Wahlgesetz auseinander und diskutierten kontrovers über die Frage der Amtsdauer, die richtige Auslegung der Verfassung und das weitere Vorgehen.

Eine zweite Konferenz im Mai in Kairo und eine dritte im Dezember in Ramallah war dem Aufbau eines Verfassungsgerichts in Palästina gewidmet. Das Grundgesetz Palästinas sieht die Schaffung eines Gerichts vor, dem die Durchsetzung der Verfassung anvertraut ist, da aber das Gesetz zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrags vielfältiger Kritik ausgesetzt ist, beschloss Musawa, den Entwurf zur Diskussion zu stellen und die Stellungnahmen ausländischer Expertinnen und Experten einzuholen. Sowohl zum Thema der Präsidentschaftsdauer als auch zur Verfassungsgerichtsbarkeit verfassten die Professoren Belser und Hänni je ein Kurzgutachten. Im Anschluss an die Konferenz im Dezember leitete Prof. Hänni in Bethlehem eine Schulung von Richterinnen und Richtern zum Thema Unabhängigkeit der Justiz. Das IRCC hat die Absicht, die Zusammenarbeit mit palästinensischen Partnern auch in den kommenden Jahren aufrechtzuerhalten.

4.4 Sommeruniversität

Vom 24. August bis 11. September 2009 fand am Institut für Föderalismus (IFF) die 21. Internationale Sommeruniversität zum Thema Federalism, Decentralisation and Diversity: Division of Power and Democratic Governance in Multicultural Societies unter der Leitung von Prof. Eva Maria Belser statt. Renommierte Fachkräfte aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Diplomatie schulten die Studierenden aus vier Kontinenten während drei Wochen intensiv zu Fragen des Föderalismus, der Staatsorganisation und der rechtlichen Vielfalt. Ziel war es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur mit dem schweizerischen Föderalismus vertraut zu machen, sondern die Möglichkeiten, Chancen und Schwierigkeiten vertikaler Gewaltenteilung aus verschiedensten Perspektiven zu beleuchten. Zur Sprache kamen deshalb sowohl die theoretischen Konzepte und die Grundlagen von Föderalismus und der Dezentralisierung als auch der Umgang mit sprachlicher und religiöser Vielfalt, die Verteilung von Ressourcen sowie die Möglichkeiten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu stärken.

Zu den Höhepunkten gehörten die Veranstaltungen von Nico Steytler aus Südafrika, der als Verfassungsrechtsexperte am Entwurf der neuen südafrikanischen Verfassung mitgearbeitet hatte, und mit den Studierenden die Chancen und Schwierigkeiten der Dezentralisierung in seinem Lande diskutierte und in die aktuelle südafrikanische Diskussion über die Abschaffung der Provinzen einführte. Von besonderem Interesse waren auch die Beiträge aus Asien (Indien und Philippinen) und aus der arabischen Welt, die mit Gästen aus Jordanien, Sudan und Syrien erstmals prominent vertreten war. Weil die Sommeruniversität seit 2009 auch als Masterkurs für Studierende der Juristische Fakultät anerkannt ist, nahmen dieses Jahr auch Studierende der Universität Freiburg statt und bereicherten den Austausch und die Gruppenarbeiten. Sämtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfassten eine schriftliche Arbeit und legten am Schluss des Kurses eine Prüfung ab.

Für die 22. Sommeruniversität 2010 ist eine weitere Neuerung geplant. In Partnerschaft mit dem Forum of Federations und der Konferenz der Kantonsregierungen wird neu ein Praktikum angeboten, das es ausgewählten Studierenden erlauben soll, im Anschluss an die Sommeruniversität ein sechswöchiges Praktikum in einer Kantonsregierung zu absolvieren. Das Praktikum soll es zukünftigen Führungskräften in Wissenschaft und Politik ermöglichen, praktische Erfahrungen in einem funktionierenden föderalistischen Rechtsstaat zu sammeln. In Zusammenarbeit mit dem Forum ist ausserdem geplant, ein Alumni-Netzwerk aufzubauen und Personen mit besonderen Kenntnissen und Interessen an Föderalismusfragen besser zu vernetzen.

4.5 Weitere Aktivitäten

Auf Anfrage und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Sektionen der DEZA unterstützte das IRCC weitere Länder in Prozessen der Dezentralisierung, der Konfliktbeilegung oder der Demokratisierung bei der Festigung der Gewaltenteilung oder der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. So führte das IRCC seine Projekte in Malawi zu den Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative und zur Verbesserung der Transparenz der Regierungsführung weiter. Im Sommer verbrachten Frau Théodora Thindwa und Herr Chancy Nthowela, zwei junge Forscher aus Malawi einen Forschungsaufenthalt am Institut, um ihre Kenntnisse im Bereich Parliamentary Accountability and Local Governance durch rechtsvergleichende Forschung zu vertiefen. Sie waren beauftragt, die Protokolle der Parlamentssessionen in Malawi, die im Auftrag des IRCC erstellt worden waren, aufzuarbeiten und der Öffentlichkeit in geeigneter Weise zugänglich zu machen. Dr. Nicolas Schmitt unterstützte die Forschenden während ihres Aufenthalts intensiv. Als Verantwortlicher für das Projekt besuchte er im November 2009 Malawi, um Vorbereitungen für eine Konferenz über Parliamentary Accountability and Local Governance zu treffen, die im März 2010 stattfinden wird. Die Konferenz und die geplante Publikation sollen dazu dienen, die Ergebnisse des Projekts und die Resultate der Forschungsarbeiten im Malawi bekannt zu machen.

Nach mehreren Anfragen der Philippinischen Botschafterin in der Schweiz und verschiedenen Abklärungen hat das IRCC beschlossen, seine Aktivitäten in den Philippinen zur Begleitung und Unterstützung einer Verfassungsreform fortzusetzen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Um die konkreten Bedürfnisse abzuklären und möglichst viele mögliche Partner kennenzulernen, werden die Profs. Belser und Hänni im Februar eine Planungsreise in die Philippinen durchführen.

Im Februar organisierte das IRCC im Auftrag der DEZA eine Studienreise für drei diplomatische Vertreter des nordkoreanischen Instituts für Frieden und Abrüstung. Ziel der Studienreise war es, den Delegationsmitgliedern zu ermöglichen, sich vertieft mit dem Thema Föderalismus und wirtschaftlicher Vielfalt auseinanderzusetzen, einen funktionierenden Rechtsstaat kennenzulernen und mit eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden ins Gespräch zu kommen. Weiter schulte das Institut eine Delegation irakischer Kurden, die an einer von der Weltbank organisierten Studienreise zum Thema Iraqi Kurdistan Regional Government Civil Service Reform project teilnahmen und Aufschluss über die Frage wünschten, wie Kompetenzen verteilt und die lokale Autonomie gestärkt und geschützt werden kann. Ausserdem empfing das IRCC eine Delegation aus Serbien, die sich

im Rahmen eines von der DEZA unterstützten Projekts mit den Themen Bürgerbeteiligung, Volksinitiative und Referendum befasste. Die Delegation setzte sich aus hochrangigen Mitgliedern aus Parlament, Ministerien, Universitäten, lokaler Administration und der Standing Conference of Towns and Municipalities zusammen und hatte die Gelegenheit, in der Schweiz mit Mitgliedern des Nationalrates, des Grossen Rates von Bern und der Stadtregierung von Yverdon über die Volksrechte in der Schweiz zu diskutieren, sich mit den organisatorischen und finanziellen Aspekten der Volksrechte auseinanderzusetzen und mit den Direktoren des IFF einen Gesetzesentwurf zu den Volksrechten zu diskutieren. Im Auftrag der DEZA organisierte das IRCC auch eine Studienreise für eine Delegation aus Burundi, in deren Rahmen sich hochrangige Politikerinnen und Politiker mit Dezentralisierung, Kompetenzverteilung und Finanzausgleich befassten. Ausserdem betreute das Institut eine Delegation aus Vietnam, die sich für die Umsetzung lokaler Demokratieformen interessierte, sowie eine Gruppe walisischer Richter, die sich mit dem Umgang sprachlicher Vielfalt vor Gerichten auseinandersetzte.

Auch im vergangenen Jahr besuchten viele Gastforscherinnen und Gastforscher für kürzere oder längere Zeit das Institut, um ihre Forschungsarbeiten voranzutreiben und von der gut bestückten Bibliothek zu profitieren. So untersuchte etwa Bojan Kovačević aus Serbien die föderalen Strukturen der EU, Ling Chai aus China setzte ihre Arbeit zu Dezentralisierung und Wasserverwaltung fort und Anne Kiseleva aus Russland befasste sich rechtsvergleichend mit Fragen des Fiskalföderalismus.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IRCC beteiligten sich ausserdem an verschiedenen Konferenzen und Schulungen, übernahmen im Auftrag des Forum of Federations einige Übersetzungen, pflegten Kontakte zu alten und neuen Partnern und trieben im Rahmen ihrer Dissertation und anderer Projekte ihre persönlichen Forschungsarbeiten voran.



5 BIBLIOTHEK

Im vergangenen Jahr stand die Vorbereitung eines Arbeitsberichts zuhanden der Direktion im Vordergrund. Durch die enge Zusammenarbeit der verantwortlichen Dienste der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) und der Verantwortlichen der Institutsbibliothek konnten im «Bericht über die Einbindung der Bibliothek in die Datenbank der Freiburger Bibliotheken» eine Bestandesaufnahme der gesamten Dokumentation, die verschiedenen Abläufe unserer Bibliothek sowie des Freiburger Bibliotheksystems gemacht werden. Zudem geht der Bericht auf Organisationsfragen betreffend die Überführung der Institutsbibliothek in den Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) und die damit verbundenen Schritte ein. Aufgrund dieses Berichts, welcher der Direktion Ende 2009 vorlag, hat diese beschlossen, der Überführung der Bibliothek des IFF in RERO auf 2010 grünes Licht zu geben.

Im Verlaufe des Jahres wurden gegen 400 Werke bestellt und mehr als 4'300 Titel erfasst (vor allem Werktitel, Aufsätze aus Sammelbänden sowie Zeitschriften aus der Schweiz und dem Ausland). Die Anzahl der Referenzen in der Datenbank des Instituts betrug Ende Jahr 117'268.

5.1 Publikationen des Instituts für Föderalismus – PIFF

Etudes et colloques 51

PETER MISCHLER

Fiskalische Disparitäten und Lastenausgleich – Ökonomische Beurteilung eines Politikinstrumentes am Beispiel der Gemeinden des Kantons Freiburg, Dissertation Freiburg, LIT-Verlag, Freiburg, 2009

Etudes et colloques 53

ASEL IBRAIMOVA

Legal and Institutional Framework for Empowerment of Rural Communities in the Kyrgyz Republic, Dissertation Bern, LIT-Verlag, Freiburg, 2009

Travaux de recherche 43

YIGONG SU

«A True King Does Not Depend on a Large Kingdom»: Understanding Swiss Federalism in the Perspective of Confucianism, Freiburg, 2009

GUOQIANG ZHAI

Constitutional Review in Switzerland and the People's Republic of China: A Comparative Study, Freiburg, 2009

6 ZENTRALE DIENSTE

Die zentralen Dienste erfuhren 2009 eine Konsolidierung.

6.1 Informatik

Ab März ging die gesamte Informatik in die Verantwortung der Zentralen Dienste über. Der Informatikbereich des Instituts wurde den Standards der Universität angepasst. Ausserdem wurden etwa die Hälfte der PC's ersetzt und der gesamte Informatikpark wurde mit Office 2007 ausgerüstet. Alle MitarbeiterInnen wurden in einem obligatorischen Kurs in die neue Software eingeführt.

Im August konnte dank neuen Leasingverträgen das gesamte Druckerzentrum modernisiert werden.

Die Software, auf deren Basis das Institut das Monitoring für die EDK durchführt, wurde vom institutseigenen Server auf das Rechenzentrum der Sitrox AG, unseren technischen Partner im Bereich LexFind, übertragen.

6.2 Personal

Per Ende November verliess die Direktionssekretärin das Institut. Die drei Lehrstuhlsekretärinnen teilen sich ab 1. Januar 2010 die Aufgaben des Direktionssekretariats und erhöhen ihre Arbeitspensen entsprechend.

Mit drei Neuanstellungen sowie sechs Austritten wurde die Personaladministration besonders in Anspruch genommen. Dank einer guten Zusammenarbeit mit dem Personaldienst der Universität konnten die Dossiers rechtzeitig bearbeitet werden.

Seit Juni erfüllt das Institut alle Kriterien, um zwei Zivildienstleistende im Bereich der Dokumentation und der Projekte der DEZA zu beschäftigen. Ein einmonatiger Zivildienstesatz wurde ab Mitte August absolviert.

6.3 Kommunikation

Um Interessenten jeglicher Art Informationen über das Institut geben zu können, wurde ein Flyer je in deutscher, französischer und englischer Sprache produziert.

6.4 Infrastruktur

Nicht benötigte Räumlichkeiten konnten anfangs Jahr gekündigt und somit die Mietkosten gesenkt werden.

6.5 Finanzen

Die Anstrengungen um eine ausgeglichene finanzielle Situation zeigen ihre Auswirkungen. Die Jahresrechnung 2009 weist mit einem Betriebsergebnis von CHF 292'797.17 und einem Jahresgewinn von CHF 205'120.05 wieder ein positives Ergebnis aus. Dieses Ergebnis konnte dank stabilen Einnahmen und Anpassungen betreffend die Personalressourcen sowie den Abbau der gekauften Personalleistungen erreicht werden.

Agrund der Krise im Finanzbereich wurde eine Multipartnerstrategie geführt und ein Teil des Kapitals einem neuen regionalen Institut anvertraut.

Impressum:

Institut für Föderalismus
Rte d'Englisberg 7
CH-1763 Granges-Paccot
Tel. +41 (0) 26 300 81 25
Fax +41 (0) 26 300 97 24
E-Mail: info@federalism.ch
<http://www.federalism.ch>

Auflage: 500
Redaktion: Institut für Föderalismus
Fotos: Foto Future Tanner, Murten
Grafik: Service für Kommunikation und Medien,
Universität Freiburg
Druck: Kanisius AG, Freiburg



1 Avant-propos

Les rapports annuels représentent une occasion bienvenue de jeter un coup d'œil dans le rétroviseur, de réfléchir aux acquis, d'aborder les questions encore ouvertes et de s'intéresser aux développements futurs. Lorsqu'en août 2008 la nouvelle direction a repris les rênes de l'Institut du Fédéralisme, deux éléments se sont imposés au cœur de ses préoccupations: il s'agissait d'une part de transposer la stratégie qu'elle avait élaborée préalablement à son entrée en fonction et de la forger au feu de la réalité et d'autre part de prendre des mesures urgentes pour réduire le déficit structurel. Le Conseil de l'Institut avait en effet signalé sans ambages qu'il attendait de la part de l'Institut un retour aussi rapide que possible dans les chiffres noirs. Transposition de la stratégie et assainissement financier de l'Institut se sont montrés de ce point de vue indissociables.

1.1 La transposition de la stratégie

L'année passée, la direction s'est attelée à la transposition de sa stratégie. Pour ce faire, elle s'est tout d'abord efforcée de faire en sorte que le Centre national puisse instaurer une relation de confiance avec ses partenaires nationaux, notamment les cantons, qui autorise une coopération durable. Dans ce contexte, la qualité des prestations représente l'argument déterminant. Nous pouvons constater avec satisfaction que ce but a été largement atteint, tant il est vrai que le volume des mandats confiés au Centre national a connu une sensible augmentation (pour les détails, cf. le rapport du Centre national). Simultanément, les travaux visant à une externalisation du système LexFind sous forme de société anonyme ont été entrepris d'arrache-pied. Cette décision repose sur la constatation selon laquelle le traitement de données juridiques à l'aide de systèmes informatiques ne relève pas des missions fondamentales de l'Institut. Seul doit être conservé selon la conception suivie jusqu'à présent le contrôle de qualité, ainsi qu'un accompagnement scientifique général du projet. Cela implique un approfondissement et une extension des compétences existantes dans le domaine du droit de la publication et de la légistique.

En ce qui concerne le Centre international, on peut également constater que la collaboration avec les partenaires de Suisse et de l'étranger a pu progressivement s'étendre et s'approfondir en suivant les prescriptions formulées dans la stratégie. Au premier rang de celles-ci, on trouve le principe de pérennité et le renforcement des activités de recherche. Pour ce faire, une restructuration du centre s'est avérée incontournable, afin de remédier au déséquilibre qui avait déjà été constaté auparavant entre

activités opérationnelles et tâches administratives. Malheureusement, dans un tel contexte, des suppressions et des non renouvellements de postes se sont révélés inévitables. Mais d'un autre côté il convient de relever que la direction a réussi à proroger le contrat général de collaboration avec la DDC pour trois années supplémentaires. Le renouvellement de ce que l'on appelle le « Mandat chinois » est en principe lui aussi une affaire réglée; d'ici à la mi 2010 on peut compter sur la signature formelle du contrat (cf. pour les détails le rapport du Centre international).

Pour ce qui touche enfin aux Services centraux, la transposition de la stratégie a conduit au fait que les questions informatiques sont désormais confiées au responsable des services centraux. Il faut souligner que ce transfert a pu être géré sans le moindre problème. Par ailleurs, le projet d'intégration de la bibliothèque dans la Bibliothèque cantonale et universitaire (BCU) est allé de l'avant. Le processus devrait être parachevé dans le courant de 2010.

1.2 L'assainissement des finances de l'Institut

Comme il a souvent été rappelé, l'entrée en fonction de la nouvelle direction a coïncidé avec les attentes expresses du Conseil de l'Institut que l'assainissement financier, sans oublier la suppression du déficit structurel des années 2007 et 2008, serait pris en main aussi rapidement que possible. Pour y parvenir, les efforts de la direction se sont concentrés sur l'augmentation des ressources, simultanément accompagnée d'une réduction des dépenses. C'est avec une immense satisfaction que l'on peut constater ici que ces mesures ont été couronnées de succès. Pour l'année 2009, les comptes de l'Institut laissent apparaître un bénéfice inattendu. Ce résultat réjouissant n'aurait pas été atteint sans la mise à contribution des chaires. A côté de cela, il a aussi été possible de réduire les dépenses (de personnel) de manière significative grâce à une gestion responsable de celles-ci. L'hypothèse selon laquelle un potentiel sensible d'économies existait, notamment dans le domaine de l'administration, s'est largement vérifiée dans les faits. C'est ainsi que (sans la moindre diminution des prestations) diverses places de travail ont pu être supprimées. Dans toute la mesure du possible, ces suppressions de postes se sont déroulées dans le contexte de départs naturels et se sont donc révélées supportables sur le plan social. Par ailleurs, des économies significatives ont pu être réalisées par la mise en place d'une comptabilité simplifiée et par là-même plus transparente. Le découplage total entre les activités des chaires et celles de l'Institut, et la séparation des comptabilités qui en ont résulté

pour les deux entités, ont totalement rempli les attentes et se sont révélées de ce fait amplement justifiées. La direction n'a pas relâché ses efforts, de telle sorte que l'on peut également attendre de l'année 2010 qu'elle se solde par un résultat positif. Un budget équilibré a d'ores et déjà pu être présenté au Conseil de l'Institut.

1.3 Remerciements et perspectives

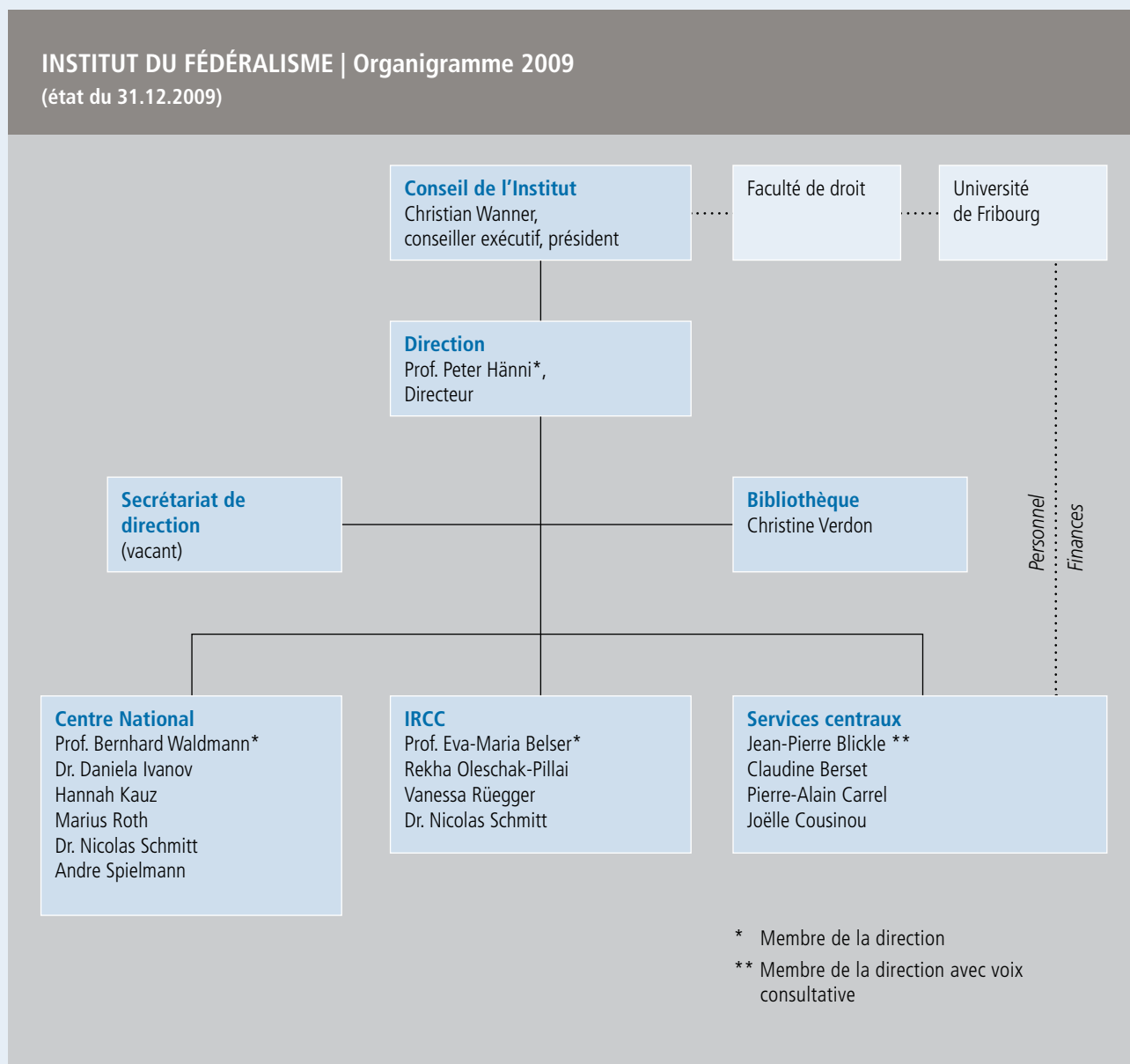
La direction est bien décidée à poursuivre avec détermination sur la voie qu'elle a ouverte, de manière à consolider durablement les bons résultats obtenus. Pour l'année prochaine, la direction considère que les défis majeurs qui nous attendent sont l'intégration de la bibliothèque dans la BCU ainsi que l'externalisation de LexFind. Pour y faire face, elle peut compter sur l'excellente atmosphère de travail régnant en son sein, mais également sur le soutien sans faille du Conseil de l'Institut, tellement précieux. C'est la raison pour laquelle il convient de remercier ici très sincèrement le Conseil de l'Institut pour la confiance dont il nous honore. Ces remerciements, nous les adressons également bien volontiers à nos collaboratrices et à nos collaborateurs, dont la motivation et l'engagement sont loin d'être étrangers au succès de notre Institut.

Peter Hänni



2 Organisation et personnel

2.1 Organigramme



2.2 Personnel

Direction



Peter Hänni, Prof. Dr. iur.
Directeur de l'Institut du Fédéralisme
Professeur de droit constitutionnel et administratif
peter.haenni@unifr.ch



Eva Maria Belser Wyss, Prof. Dr. iur.
Directrice du Centre international
Professeure de droit constitutionnel et administratif
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Directeur du Centre national
Professeur de droit constitutionnel et administratif
bernhard.waldmann@unifr.ch

Olivia Bauer

Secrétaire de direction (50%) (jusqu'au 30.11.)

Centre national

Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.



Daniela Ivanov, Dr. iur.
Collaboratrice scientifique (30%)
daniela.ivanov@unifr.ch



Hannah Kauz, MLaw
Collaboratrice scientifique (dès le 1.7.)
hannah.kauz@unifr.ch



Marius Roth, lic. iur.
Collaborateur scientifique (80%)
marius.roth@unifr.ch



Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Collaborateur scientifique
nicolas.schmitt@unifr.ch



Andre Spielmann, MLaw
Collaborateur scientifique (dès le 1.11.)
andre.spielmann@unifr.ch

Philippe Allemann, MLaw
Collaborateur scientifique (jusqu'au 14.9.)

Vedran Vasic, MLaw
Collaborateur scientifique (jusqu'au 30.9.)

Internationales Zentrum (IRCC)

Eva Maria Belser Wyss, Prof. Dr. iur.



Rekha Oleschak-Pillai, Dr. iur.
Research Fellow (80%) (dès le 1.10.)
rekha.oleschak-pillai@unifr.ch



Vanessa Rüegger, MLaw
Collaboratrice scientifique
vanessa.ruegger@unifr.ch



Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Collaborateur scientifique
nicolas.schmitt@unifr.ch

Joëlle Cousinou

Collaboratrice administrative (80%) (jusqu'au 31.10)
Coordinatrice de l'Université d'été
joelle.cousinou@unifr.ch

Bibliothèque



Christine Verdon, lic.iur.
Collaboratrice scientifique (50%)
christine.verdon@unifr.ch

Services centraux



Jean-Pierre Blickle
Responsable administratif (80%)
jean-pierre.blickle@unifr.ch



Claudine Berset
Secrétaire (50%)
claudine.berset@unifr.ch



Pierre-Alain Carrel
Secrétaire (50%)
pierre-alain.carrel@unifr.ch

Joëlle Cousinou

Collaboratrice administrative (80%) (dès le 1.11.)
joelle.cousinou@unifr.ch

En comptant les trois professeurs, l'Institut occupe 16 collaboratrices et collaborateurs, ce qui représente 11 EPT (les professeurs comptant pour 50% chacun).

2.3 Conseil de l'Institut

A la fin 2009, le Conseil de l'Institut se compose des 11 membres suivants:

Président, représentant la Fondation ch pour la Collaboration confédérale

Christian WANNER, Conseiller d'Etat du Canton de Soleure, Chef du Département des finances, Président de la Conférence des Directeurs cantonaux des finances (CDF) (Membre depuis l'an 2000)

Vice-présidente

Isabelle CHASSOT, Conseillère d'Etat du Canton de Fribourg, Cheffe de la Direction de l'Instruction publique, de la culture et du sport, Présidente de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'Instruction publique (CDIP) (Membre depuis 2005)

Représentant la Conférence des directeurs Cantonaux des Départements de Justice et Police (CCDJP)

Roger SCHNEEBERGER, Secrétaire général de la CCDJP (Membre depuis 2005)

Représentant la Fondation ch pour la Collaboration confédérale

Sandra MAISSEN, Directrice de la Fondation ch, Soleure (Membre depuis 2009)

Représentants la Faculté de droit de l'Université de Fribourg

Marco BORGHI, Professeur de droit public (Membre depuis 1998)

José HURTADO POZO, Professeur de droit pénal (Membre depuis 1998)

Paul-Henri STEINAUER, Professeur de droit privé (Membre depuis 2002)

Tali PASCHOUD, Déléguée des étudiants (Membre depuis 2009)

Représentant la Principauté du Liechtenstein

Norbert HEMMERLE, Secrétaire du Gouvernement de la Principauté (Membre depuis 2002)

Cooptés par le Conseil de l'Institut

Urs Paul HOLENSTEIN, Directeur de l'Association Suisse pour le Développement de l'Informatique Juridique (ASDIJ), Berne (Membre depuis 2003)

Werner THUT, Vice-président, Forum des Fédérations, Ottawa, Ontario, Canada (Membre depuis 2009)

Au cours de l'année 2009, les membres suivants ont quitté le Conseil de l'Institut:

Représentant la Fondation ch pour la Collaboration confédérale:

Canisius BRAUN, Directeur de la Fondation ch

Représentant la Faculté de droit de l'Université de Fribourg

Dimitrios KARATHANASSIS, Délégué des étudiants

Membres cooptés

Maryse AEBISCHER, Cheffe de l'Office cantonal des affaires sociales du canton de Fribourg

Raoul J. BLINDENBACHER, Advisor Independent Evaluation Group, the World Bank

2.4 Chaires

L'intégration de trois titulaires des chaires de droit public au sein de la direction a permis de poursuivre les précieuses synergies créées entre l'Institut et les unités d'enseignement et de recherche de la Faculté de droit.

3 CENTRE NATIONAL

3.1 En général

Le Centre national peut se targuer d'une année de travail à la fois intensive et fructueuse. Sous la direction du prof. Bernhard Waldmann et du prof. Peter Hänni, de nombreux avis de droit et autres analyses juridiques ont été rédigés, dans les domaines les plus divers du droit constitutionnel et du droit administratif (cf. ch. 3.3. ci-dessous). Les sollicitations se sont montrées si importantes que nous avons dû en partie nous décharger sur nos collaboratrices et collaborateurs des chaires. Il faut également signaler tout particulièrement le développement du portail juridique LexFind, qui s'est affirmé entre-temps comme un instrument de travail très apprécié pour les recherches en matière de droit fédéral, cantonal et intercantonal (cf. ch. 3.2. ci-dessous). Finalement, il convient de mentionner les Séminaires de législation de Morat, qui ont parfois dû être dédoublés en raison de leur succès (cf. ch. 3.4. ci-dessous).

3.2 LexFind

Le portail LexFind, qui rassemble tous les textes législatifs de la Confédération et des cantons, a connu de nouveaux développements en 2009:

- Au centre de ces travaux d'extension, on trouve l'intégration des documents d'importance pour les parlements (à savoir les messages du Conseil d'Etat, les interventions parlementaires, les protocoles des sessions etc.). Malheureusement, ces activités se sont révélées plus astreignantes que prévu. Grâce à un généreux investissement de notre partenaire technique, il a pourtant été possible d'achever la collecte automatique des données pour tous les parlements cantonaux et pour l'Assemblée fédérale. L'interface permettant de visualiser les données devrait être terminée dans le courant 2010.
- En ce qui concerne les textes législatifs, une nouvelle possibilité de comparaison a été introduite. Elle permet de comparer entre elles très simplement diverses versions de textes législatifs. Le résultat est présenté sous forme de deux colonnes, les compléments et les abrogations étant mis en relief par des caractères colorés.
- Sur access.lexfind.ch, une nouvelle version du portail LexFind a été mise à disposition, sans limitation d'accès. Cette version du portail a été optimisée pour permettre un accès sans entraves, de manière à pouvoir être utilisée de manière optimale par des usagers souffrant de handicaps. Cet accès a reçu de la fondation « Zugang für alle » la certification du niveau le plus élevé. Avec ce portail supplémentaire, LexFind contribue de manière significative à l'accessibilité du droit sans barrières.

En dehors de LexFind, d'autres projets ont été améliorés:

- Pour le site ch.ch, le moteur de recherche a été remplacé par une interface XML.
- Le portail kantonsparlamente.ch bénéficie lui aussi d'une interface XML, en ce sens qu'il est désormais possible de consulter spécialement les nouveautés dans le domaine du droit intercantonal.

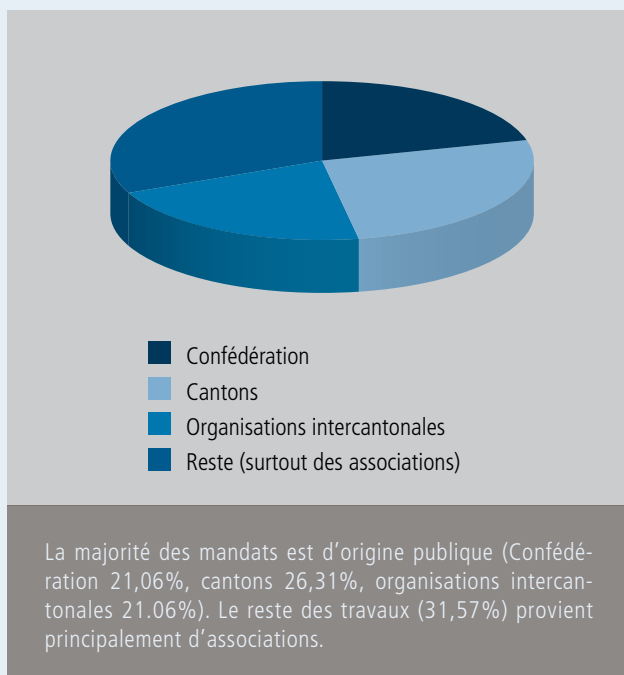
3.3 Avis de droit et expertises

En ce qui concerne les avis de droits et les expertises rédigés en 2009, ceux qui suivent méritent une mention spéciale:

- Gutachten Anpassung interkantonaler Vereinbarungen auf dem Gebiet der Straf- und Zivilrechtspflege infolge der Einführung eidgenössischer Vorschriften/Le besoin d'adaptation des conventions intercantionales dans le domaine de la procédure pénale et de la procédure civile à la suite de l'entrée en vigueur de dispositions fédérales (2008/2009)
- Die reglementierten Berufe in Bund und Kantonen (2008/2009)
- «Palliative Care» dans les législations cantonales (Avril 2009)
- Rémunération des membres des commissions extra-parlementaires dans les cantons romands, le Tessin et quelques cantons alémaniques (BE, SO, BS, SG) (Juin 2009)
- Global Dialogue Roundtable Schweiz vom 26.3.2009 im Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA). Teilnahme als Experte zum Thema «Intergovernmental Relations»
- Die Unvereinbarkeit der Anstellung im öffentlichen Dienst mit dem Grossratsmandat im Kanton Graubünden (Juillet 2009)
- Mitwirkung der Kantonsparlamente beim Abschluss von rechtsetzenden Verträgen (Juillet 2009)
- Eine Würdigung der Vereinbarung der Schweiz und Libyen vom 20. August 2009 aus bundesstaatlicher und föderalistischer Sicht (September 2009)

- Aufsichtspflicht und Handlungsmöglichkeiten des ETH-Rats im Zusammenhang mit Stiftungen, die im ETH-Bereich tätig sind (Octobre 2009)
- Die Ausscheidung gentechnikfreier Gebiete in der Schweiz de lege lata und de lege ferenda (in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europarecht, Décembre 2009)
- Anzahl Richter an den kantonalen Gerichten zweiter Instanz (Tabelle; Décembre 2009)
- Teilnahme einer schweizerischen Arbeitsgruppe des Forum of Federations zum Thema «Guidelines for good federal practices» (zusammen mit Prof. Dr. Arnold Koller, Prof. Dr. Daniel Thürer, Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller; Prof. Dr. Thomas Pfisterer, Prof. Dr. Bernard Dafflon, Dr. Malcolm MacLaren)

A cela viennent s'ajouter nombre d'études plus modestes et des traductions.



3.4 Séminaires de législation de Morat

A la demande de la Société suisse de législation (SSL), l'Institut et le Centre de légistique de l'Université de Zurich ont organisé du 2 au 4 avril 2009, pour la deuxième fois déjà, un Séminaire introductif sur la technique législative. Avec 43 participants, celui-ci s'est déroulé une nouvelle fois à guichets fermés.

Toujours sur demande de la SSL, l'Institut a organisé en novembre 2009, en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la justice, un autre séminaire introductif, portant celui-ci sur la rédaction législative. En raison d'une demande très importante, le séminaire de rédaction a dû être dédoublé (4–6 et 11–13 novembre 2009). Avec respectivement 42 et 41 participants, les deux séminaires ont affiché complet.

3.5 Recherche et publications

Pour la cinquième fois déjà, sur mandat de la Fondation ch pour la collaboration confédérale, l'Institut a publié une bibliographie commentée destinée au « Monitoring du fédéralisme ». Le rapport contient un aperçu des travaux scientifiques publiés en 2009 sur le fédéralisme suisse ainsi qu'une synthèse des points forts de la recherche.

Selon la stratégie adoptée par la direction de l'Institut le 8 septembre 2008, les chaires regroupées au sein de l'Institut du Fédéralisme doivent concentrer leurs recherches sur des thèmes en rapport avec les domaines de compétence couverts par le Centre national. Dans ce contexte, il convient de mentionner la thèse de Mathias Boschung, dirigée par le prof. Waldmann et acceptée en décembre par la Faculté de droit («Der bodengebundene Rettungsdienst im Spannungsfeld zwischen Staatsaufgabe und regulierter privatwirtschaftlicher Tätigkeit»).

Finalement, le Centre national a publié au cours de l'année sous forme électronique quatre Newsletters présentant les nombreux objets régulièrement soumis à votation dans les cantons.

4 IRCC

L'International Research and Consulting Center (IRCC) peut se flatter d'une année intéressante et riche en événements variés. Il est parvenu en 2009 à prolonger et même à approfondir la collaboration fructueuse qu'il entretient avec divers partenaires nationaux et internationaux représentant la science, la politique et la société civile, mais aussi à se charger de nouveaux projets. Cette année encore, le Centre s'est montré actif dans les domaines de la consultation, de la formation, de la formation continue et de l'échange de connaissances, et il a accueilli nombre de visiteurs et de délégations. Du point de vue géographique, ses activités se sont concentrées sur la Chine, le Soudan, la Palestine et le Malawi.

Comme le contrat triennal qui organise l'étroite collaboration entre l'Institut et la Direction du Développement et de la Coopération (DDC) et la Division politique IV (PA IV) arrivait à échéance fin 2009, l'évaluation interne et la renégociation du partenariat entre la DDC et l'IRCC ont revêtu cette année un poids tout particulier. Grâce à la conclusion de nouveaux contrats, l'IRCC peut continuer à mettre ses compétences et son expérience à la disposition de chercheuses et de chercheurs intéressés, mais aussi d'universités, de gouvernements, d'autorités et d'ONG en Afrique, en Asie, en Amérique latine et en Europe orientale, dès lors qu'il est question de fédéralisme, de décentralisation, d'organisation étatique ou de renforcement de la démocratie, de l'Etat de droit ou des droits de l'homme.

4.1 Dialogue avec la Chine sur les droits de l'homme

L'IRCC a poursuivi en 2009 la longue et étroite collaboration sur le thème des droits de l'homme et des minorités avec des universités renommées de Pékin et avec le Service de recherche du Congrès National du peuple, et il a pu en garantir la pérennité. L'organisation de deux conférences à Pékin et l'échange de chercheurs avec l'IFF ont représenté de ce point de vue des éléments particulièrement significatifs.

En partenariat avec la Beijing University (Beida), l'Institut a organisé en octobre une manifestation de deux jours sur le thème de la répartition verticale du pouvoir et de la gestion des collectivités locales, que le prof. Peter Hänni, la prof. Eva Maria Belser et Mme Vanessa Rüegger ont inaugurée en présentant le système fédéral de la Suisse et le fonctionnement des communes. Les conférenciers chinois ont apporté de leur côté des informations sur les mécanismes formels et informels de la décentralisation, et ils ont profité de la conférence pour discuter

avec les participants chinois et étrangers des forces et des faiblesses du système chinois d'organisation étatique, et pour aborder ouvertement les questions de démocratisation, de bonne gouvernance et de protection des minorités. Outre les représentants de diverses universités, de nombreux correspondants de la presse et de la télévision ont également pris part à cette conférence.

A la suite de la manifestation organisée conjointement avec Beida, l'Institut a proposé en partenariat avec la China University of Political Science and Law (CUPL) une conférence consacrée à la protection sociale et aux droits sociaux. La manifestation a permis d'éclairer de manière critique la transformation du système chinois de sécurité sociale, de le comparer avec l'aménagement et les piliers fondamentaux de l'Etat social en Suisse, et d'ouvrir la discussion sur les difficultés et les lacunes des deux systèmes (en relation également avec les minorités et les migrantes et migrants). Du côté suisse, les conférenciers ont été le prof. Peter Hänni, la prof. Eva Maria Belser, Mme Isabelle Käppeli et M. Hans-Ulrich Scheidenegger, tandis que du côté chinois ce sont divers scientifiques mais également des responsables législatifs et administratifs qui ont présenté le système chinois de protection sociale et sa passionnante transformation. Monsieur Alexander Widmer a pris part à ces deux conférences en tant que représentant de la DDC, traduisant ipso facto l'intérêt de cette dernière pour le partenariat académique avec la Chine.

Le séjour en Chine a par ailleurs représenté une judicieuse occasion de planifier la poursuite de la collaboration et pour rencontrer des représentants de l'Université Minzu, afin de jeter les bases d'une conférence qui devrait se tenir en octobre 2010 sur le thème des ressources naturelles et de la protection des minorités. L'intérêt de nos partenaires pour la poursuite de la collaboration peut se mesurer très concrètement au fait qu'ils sont prêts à contribuer de manière substantielle aux frais des projets, actuels et futurs.

Dans le cadre du mandat chinois, plusieurs chercheuses et chercheurs invité/es ont passé quelques mois à l'Institut, où ils ont pu approfondir leurs études sur divers thèmes relevant des domaines de l'organisation étatique, de la protection des minorités et de la diversité religieuse ; ils ont présenté le résultat de leurs travaux au cours de nos séminaires internes (baptisés « In House Seminars »).

4.2 Collaboration avec le Soudan et processus référendaire

A la demande de la DDC et de l'ambassadeur de Suisse au Soudan, M. Andrey Motyl, l'IRCC a développé depuis quelques temps une collaboration avec le Federalism Research and Consulting Centre (FRCC) de Khartoum (un institut fondé par un ancien doctorant de l'IFF), et il suit des projets dans le domaine de la décentralisation, de la démocratie et de la gestion des collectivités locales au Soudan. En janvier 2009, un deuxième séminaire s'est tenu à Khartoum, auquel le prof. Peter Hänni, le prof. Eva Maria Belser et Mme Vanessa Rüegger ont pris part. La manifestation était liée aux résultats d'un premier séminaire et a permis de mieux comprendre les mécanismes de répartition verticale du pouvoir et d'envisager la transposition de diverses recommandations. Les participantes et les participants (les gouverneurs de presque toutes les provinces du Nord Soudan, des représentants du gouvernement central, des milieux scientifiques et de la société civile, sans oublier de nombreux correspondants des médias) ont abordé les faiblesses de l'organisation étatique actuelle, la répartition des ressources, les conflits ethniques et le danger de voir le pays découpé en plus de deux entités. Il a été décidé de poursuivre la collaboration entre l'IFF et le FRCC dans le domaine de la décentralisation et du renforcement des collectivités locales et, dans la mesure du possible, d'étudier la concrétisation de quelques recommandations dans une province (au sens d'un projet pilote).

Cette conférence a fait apparaître très clairement que les questions d'organisation de l'état et de décentralisation, aussi urgentes qu'elles soient, étaient actuellement éclipsées par la mise en œuvre du référendum prévu en 2011 au Sud Soudan. Par l'entremise de l'ambassadeur Andrey Motyl, l'IRCC a été prié en février 2009 par la National Constitutional Review Commission (NCRC) du gouvernement soudanais, d'organiser le suivi scientifique des travaux préparatoires à l'exécution du référendum sur l'indépendance du Sud Soudan. En mars, trois représentants de la commission ont rendu visite à l'Institut, afin d'enquêter sur l'organisation des référendums dans d'autres pays et de clarifier les besoins et les possibilités d'un soutien de la part de la Suisse. L'Institut a organisé pour la délégation, qui a voyagé à ses propres frais, diverses conférences et rondes de discussions, ainsi que des rencontres avec des représentants du canton de Berne, qui ont servi à familiariser nos hôtes soudanais avec le processus ayant conduit à la création du canton du Jura, sans oublier d'éclaircir un certain nombre de questions pratiques se posant lors de la mise en œuvre d'un référendum. Après de longues hésitations et diverses discussions (également avec des représentants du Sud Soudan) et en étroite conjonction avec la PA IV et son représentant spécial pour le Soudan et la Corne de l'Afrique, l'ambassadeur

Andrea Semadeni, l'IRCC a décidé de soutenir le processus référendaire soudanais, s'il s'avérait nécessaire d'éclaircir certaines questions spécifiques (p. ex. droit de vote, quorum, bases légales) en procédant à des études de droit comparé.

L'IRCC a par ailleurs développé un partenariat avec Caritas Suisse, qui a pour but d'augmenter les chances d'un processus électoral libre et équitable (« free and fair » selon la formule consacrée), en veillant à mettre à disposition des informations neutres et à organiser des séminaires de formation, de manière à ce que les électeurs comprennent mieux à la fois le processus électoral et la portée de leur décision (d'un point de vue juridique, politique et scientifique).

4.3 La Palestine et le renforcement de l'Etat de droit

A la demande de l'ONG palestinienne Musawa, qui bénéficie du soutien de l'UE, les prof. Eva Maria Belser et Peter Hänni ont participé à divers projets et séminaires consacrés au renforcement de l'Etat de droit en Palestine. Une première conférence, qui s'est tenue en janvier à Limassol (Chypre), se proposait d'étudier une question délicate, celle du terme du mandat du président Mahmut Abbas. Divers experts en droit constitutionnel en provenance du Proche-Orient et des pays européens, ainsi que des représentants des Territoires Occupés et de la Bande de Gaza, se sont penchés sur la constitution et la loi électorale et ont discuté très ouvertement de cette question de la durée du mandat, de l'interprétation correcte de la constitution et d'autres procédures encore.

Une deuxième conférence en mai au Caire et une troisième en décembre à Ramallah ont été quant à elles consacrées à l'établissement d'une Cour constitutionnelle. La constitution palestinienne prévoit en effet l'instauration d'une telle cour chargée de garantir le respect de la constitution, mais comme la loi d'application de ce mandat constitutionnel fait l'objet de violentes critiques, Musawa a décidé de mettre le projet en discussion et d'en appeler à la prise de position d'expertes et d'experts internationaux. Tant sur la question de la durée du mandat présidentiel que sur celle de la juridiction constitutionnelle, les prof. Belser et Hänni ont rédigé chacun un avis de droit. Après la conférence de décembre, le prof. Hänni a encore dirigé à Bethléem un séminaire de formation destinée aux juges, sur le thème de l'indépendance de la justice. L'IRCC envisage de poursuivre la collaboration avec ses partenaires palestiniens au cours de ces prochaines années.

4.4 Université d'été

Du 24 août au 11 septembre 2009, sous la direction du prof. Eva Maria Belser, l'Institut du Fédéralisme a abrité la 21^{ème} Université internationale d'été portant sur le thème « Federalism, Decentralisation and Diversity: Division of Power and Democratic Governance in Multicultural Societies ». Des personnalités renommées représentant les milieux de la science, de la politique, de l'administration et de la diplomatie ont fait bénéficier de leur expérience des étudiantes et des étudiants venus de quatre continents, qui se sont tous penchés pendant trois semaines avec enthousiasme sur les questions du fédéralisme, de l'organisation étatique et de la diversité juridique. Le but de l'exercice ne consistait pas seulement à familiariser les participantes et les participants aux subtilités du fédéralisme suisse, mais aussi d'éclairer sous divers points de vue les potentialités, les chances et les difficultés d'une répartition verticale du pouvoir. Il a ainsi été question aussi bien des concepts théoriques et des bases mêmes du fédéralisme et de la décentralisation, que de la manière de gérer la diversité linguistique et religieuse, la répartition des ressources, ainsi que des possibilités de renforcer la démocratie, l'état de droit et les droits de l'homme.

Parmi les points forts de cette session, il faut noter les exposés de Nico Steytler (Afrique du Sud), qui en sa qualité d'expert de droit constitutionnel avait travaillé à l'élaboration de la nouvelle constitution sud-africaine, et qui a discuté avec les étudiants des chances et des difficultés de la décentralisation dans son pays, avant de leur présenter la discussion qui fait rage actuellement dans ce pays quant à la suppression éventuelle des provinces. Parmi d'autres interventions de valeur, notons les contributions en provenance d'Asie (Inde et Philippines) et du monde Arabe, qui était représenté pour la première fois de manière importante à l'IFF avec des conférenciers venant de Jordanie, du Soudan et de Syrie. Comme l'Université d'été est reconnue depuis 2009 en qualité de cours de master pour les étudiants de la Faculté de Droit, plusieurs étudiants de l'Université de Fribourg y ont pris part cette année et ont enrichi les échanges et les travaux de groupe. Toutes les participantes et tous les participants ont par ailleurs rédigé un travail écrit et ont été soumis à un examen final au terme de la manifestation.

Pour la 22^{ème} Université d'été en 2010, une autre nouveauté est prévue. En partenariat avec le Forum des Fédérations et la Conférence des gouvernements cantonaux, un stage pratique sera proposé, qui doit permettre à des étudiants triés sur le volet d'effectuer à la fin de l'Université d'été un stage pratique de six semaines auprès d'un gouvernement cantonal. Ce stage doit offrir à de futurs responsables

de la science et de la politique la possibilité d'acquérir des expériences pratiques dans un système fédéral parfaitement fonctionnel. En collaboration avec le Forum des Fédérations, il est en outre prévu de créer un réseau social alumni d'anciens étudiants servant à mieux connecter les personnes disposant de connaissances et d'intérêts particuliers en matière de fédéralisme.

4.5 Autres activités

A la demande de diverses sections de la DDC et en collaboration avec elles, l'IRCC a soutenu d'autres pays confrontés à des processus de décentralisation, de sortie de conflits ou de démocratisation, et qui s'intéressent donc à l'affermissement de la répartition des compétences ou au renforcement de l'Etat de droit et des droits de l'homme. C'est dans cet esprit que l'IRCC a poursuivi ses projets au Malawi, projets touchant les relations entre exécutif et législatif et l'amélioration de la transparence dans la conduite de l'Etat. En été, Mme Théodora Thindwa et M. Chancy Nthowela, deux jeunes chercheurs du Malawi, ont effectué un séjour d'étude à l'Institut afin d'approfondir par des recherches comparatives leurs connaissances dans le domaine de la responsabilité du parlement et de la gouvernance locale. Ils étaient chargés de travailler sur les « Malawi Parliamentary Observation Reports », des rapports synthétisant les sessions du parlement du Malawi et qui ont été rédigés sur mandat de l'IRCC, et d'en faire profiter le public d'une manière appropriée. Le Dr. Nicolas Schmitt a intensivement soutenu les deux jeunes chercheurs durant leur séjour. En tant que responsable du projet, il s'est rendu au Malawi en novembre 2009 pour préparer une Conférence sur le thème « Parliamentary Accountability and Local Governance » qui doit s'y tenir en mars 2010. La Conférence et la publication des actes qui en résultera doit permettre de diffuser les résultats du projet et de faire connaître sur place les fruits de ces longs travaux de recherche.

Suite à plusieurs demandes émanant de l'ambassadeur des Philippines en Suisse, et après diverses clarifications, l'IRCC a décidé de poursuivre aux Philippines ses activités relatives à l'encouragement et au soutien d'une réforme constitutionnelle, tout en les établissant sur des bases nouvelles. Afin de déterminer les besoins concrets et de rencontrer le plus grand nombre de partenaires potentiels, les prof. Belser et Hänni effectueront une mission exploratoire dans ce pays au mois de janvier 2010.

En février, l'IRCC a organisé à la demande de la DDC un voyage d'étude pour trois diplomates de Corée du Nord représentant l'Institut pour la Paix et le désarmement. Le but de ce study tour consistait à permettre aux membres de la délégation de se confronter de manière approfondie avec le thème du fédéralisme et de la diversité économique, de mieux comprendre un Etat de droit fonctionnel et de rencontrer des représentants des autorités fédérales, cantonales et communales. L'Institut a par ailleurs accueilli une délégation de Kurdes irakiens, qui participaient à un voyage d'étude organisé par la Banque mondiale sur le thème Iraqi Kurdistan Regional Civil Service Reform Project, et souhaitent se voir présenter la manière dont les compétences pouvaient être réparties et l'autonomie locale protégée et renforcée. En outre, l'IRCC a reçu une délégation en provenance de Serbie qui, dans le cadre d'un projet soutenu par la DDC, s'intéressait au thème de l'accompagnement des citoyens, des initiatives populaires et des référendums. Composée de représentants de haut rang du parlement, des ministères, des universités, des administrations locales et de la Standing Conference of Towns and Municipalities, la délégation a eu l'occasion de s'entretenir avec des représentants du Conseil national, du Grand Conseil bernois et de la municipalité d'Yverdon-les-Bains sur les droits populaires en Suisse, mais aussi de se confronter aux aspects organisationnels et financiers des droits populaires, et enfin de discuter d'un projet de loi en la matière avec les directeurs de l'IFF. A la demande de la DDC, l'IRCC a également organisé un voyage

d'étude pour une délégation du Burundi, dans le cadre duquel des politiciens et des fonctionnaires de haut rang se sont documentés sur des questions de décentralisation, de répartition des compétences et de péréquation financière. Enfin, l'Institut s'est chargé d'une délégation du Vietnam qui s'intéressait à la transposition des réformes de la démocratie locale, ainsi que d'un groupe de juges du pays de Galles qui se préoccupait de gestion de la diversité linguistique devant les tribunaux.

De nombreux chercheurs invités ont également effectué un séjour plus ou moins long à l'Institut, afin de se consacrer à leurs recherches et de profiter de notre bibliothèque bien achalandée. Dans ce contexte, M. Bojan Kovacevic (Serbie) a travaillé sur la structure fédérale de l'UE, Mme Ling Chai (Chine) s'est consacrée à la décentralisation et aux ressources hydriques et Mme Anne Kiseleva (Russie) à des études de droit comparé sur le fédéralisme économique.

Les collaboratrices et les collaborateurs de l'IRCC ont en outre participé à diverses conférences et séminaires de formation, ils se sont chargés de quelques traductions pour le compte du Forum des fédérations, ils ont entretenu des contacts avec d'anciens et de nouveaux partenaires et ils ont développé leur capacité personnelle de travail dans le contexte de leurs thèses et d'autres travaux.



5 BIBLIOTHÈQUE

Durant l'année écoulée, l'activité en bibliothèque a été marquée par la préparation d'un rapport de travail à l'intention de la Direction de l'Institut. Fruit d'une collaboration entre les différents services compétents de la Bibliothèque cantonale et universitaire (BCU) et la responsable de la bibliothèque de l'Institut, ce Rapport sur l'intégration de la bibliothèque au Réseau fribourgeois présente tout d'abord la documentation réunie à l'IFF et le mode de fonctionnement de notre bibliothèque, puis le système bibliothéconomique fribourgeois. Il aborde ensuite les questions liées à l'organisation proprement dite d'une migration de notre bibliothèque vers le Réseau des bibliothèques de Suisse occidentale (RERO) et les différentes opérations nécessaires au transfert de nos fonds. Remis à la fin de l'année à la Direction de l'Institut, ce rapport a permis à cette dernière de confirmer sa décision de rejoindre RERO dès 2010.

Par ailleurs, quant au volume de documents traités au cours de la période considérée, quelque 400 ouvrages ont été commandés et plus de 4'300 titres ont été enregistrés (notamment titres d'ouvrages, d'articles parus tant dans les ouvrages collectifs que dans les périodiques suisses et étrangers), portant le nombre de notices répertoriées dans la base de données de l'Institut à 117'268.

5.1 Publications de l'Institut du Fédéralisme – PIFF

Etudes et colloques 51

PETER MISCHLER

Fiskalische Disparitäten und Lastenausgleich – Ökonomische Beurteilung eines Politikinstrumentes am Beispiel der Gemeinden des Kantons Freiburg, Dissertation Freiburg, LIT-Verlag, Freiburg, 2009

Etudes et colloques 53

ASEL IBRAIMOVA

Legal and Institutional Framework for Empowerment of Rural Communities in the Kyrgyz Republic, Dissertation Bern, LIT-Verlag, Freiburg, 2009

Travaux de recherche 43

YIGONG SU

«A True King Does Not Depend on a Large Kingdom»: Understanding Swiss Federalism in the Perspective of Confucianism, Freiburg, 2009

GUOQIANG ZHAI

Constitutional Review in Switzerland and the People's Republic of China: A Comparative Study, Freiburg, 2009

6 SERVICES CENTRAUX

En 2009, les services centraux ont traversé une année de consolidation.

6.1 Informatique

Depuis mars 2009, les services centraux ont repris la responsabilité de tout le secteur informatique et ce dernier a été adapté aux standards de l'Université. Dans le cadre de la planification, la moitié du parc informatique a été remplacé par de nouveaux appareils et tous les PC ont nouvellement été équipés d'Office 2007. Tout le personnel a suivi la formation obligatoire pour ce nouveau logiciel.

En août, les centres d'impression ont pu être remplacés par de nouvelles machines sur la base d'un contrat de leasing renouvelé.

Le monitoring effectué pour la CDIP dans le cadre de LexFind a pu être transféré d'un ancien serveur de l'Institut sur la plateforme informatique moderne de notre partenaire technique Sitrox SA où tous les autres monitorings sont déjà effectués.

6.2 Personnel

Fin novembre 2009, la secrétaire de direction a quitté l'Institut. Les tâches qui lui incombait ont été réparties sur les trois secrétaires des chaires qui ont augmenté leur taux d'occupation en conséquence.

Avec trois engagements et six départs, l'administration du personnel a été mise particulièrement à contribution. Grâce cependant à une bonne collaboration avec le service du personnel de l'Université, les dossiers ont pu être traités dans les temps.

Depuis le mois de juin, l'Institut remplit tous les critères pour accueillir deux civilistes dans le domaine de la documentation et pour des projets avec la DDC. Depuis la mi-août, un civiliste a effectué son service d'un mois.

6.3 Communication

Pour renseigner les différents intéressés sur les buts et les prestations de l'Institut, un nouveau dépliant d'information a été créé et imprimé en allemand, français et anglais.

6.4 Infrastructures

En début d'année, plusieurs bureaux non utilisés ont pu être rendus et les frais de location réduits en conséquence.

6.5 Finances

Les efforts fournis pour atteindre un résultat équilibré ont portés leurs fruits. En effet, les comptes 2009 présentent un résultat d'exploitation de CHF 292'797.17 et un bénéfice annuel de CHF 205'120.05. Ce résultat positif a pu être atteint grâce à des recettes stables, à une adaptation des ressources en personnel et à la forte réduction de prestations achetées.

En raison de la crise dans le secteur financier, une stratégie multi partenariale a été mise en place et une partie du capital propre placée dans un institut régional.

Impressum:

Institut du Fédéralisme
Rte d'Englisberg 7
CH-1763 Granges-Paccot
Tél. +41 (0) 26 300 81 25
Fax +41 (0) 26 300 97 24
E-Mail: info@federalism.ch
<http://www.federalism.ch>

Tirage: 500
Rédaction: Institut du Fédéralisme
Photos: Foto Future Tanner, Murten
Graphique: Service de Communication et Médias,
Université de Fribourg
Impression: Canisius SA, Fribourg

